

29.10.24

Offener Brief an die Mitglieder des Stuttgarter Gemeinderats

(dieser Brief geht an alle Mitglieder des Stuttgarter Gemeinderats mit Ausnahme der AFD, an die Geschäftsstelle des Forums der Kulturen, an die Medien und wird auch auf unserer Website zugänglich sein)

Sehr geehrte Gemeinderäte,

„Es reicht! Palästinakomitee Stuttgart e. V. aus dem Forum der Kulturen ausschließen“ überschreibt die CDU-Fraktion des Stuttgarter Gemeinderats ihren Antrag vom 10.10.2024 in scharfer Form. **Wir vom Palästinakomitee Stuttgart müssen leider unserer Empörung Ausdruck verleihen, da der Antrag eine aggressiv verzerrte Darstellung gegenüber uns, unseren Aktivitäten und den aktuellen Ereignissen darstellt.** Dabei verwendet die CDU-Fraktion den Antisemitismusvorwurf missbräuchlich zur Unterstützung der israelischen Politik, was der Bekämpfung des wirklichen Antisemitismus schadet.

Dieser Antrag ist einer von vielen, mit denen die CDU seit Jahren versucht, uns als kulturellen und politischen Verein, der für die Rechte der Palästinenser eintritt, aus der Stuttgarter Öffentlichkeit zu verbannen. Motiviert wird die CDU hier deutlich nachvollziehbar von Kräften, die weit rechts stehen. Oft gab die AFD mit sehr ähnlich klingenden Anträgen das Stichwort. Und wenn die CDU trotz zweimaligem Scheitern vor dem Verwaltungsgericht die Streichung unseres Adresseintrags fordert, folgt sie unter anderem dem Drängen des israelischen Journalisten **Benjamin Weinthal**, der auch in der Öffentlichkeit von Baden-Württemberg mit Diffamierungskampagnen bekannt wurde.

Der CDU-Antrag vermittelt in seiner Argumentation den Eindruck, dass die Fraktion rückhaltlos hinter der international größtenteils isolierten ultrarechten israelischen Regierung steht. Der laufende Genozid im Gazastreifen mit fast 52.500 Toten (darunter fast 17.000 Kinder), mehr als 100.000 Verletzte, der brutale israelische Krieg im Libanon und ein mörderisches, zerstörerisches Vorgehen der israelischen Armee gegen palästinensische Dörfer und Städte in der Westbank (700 Tote seit Oktober 2023) ist der CDU-Fraktion keinerlei Erwähnung wert. Dabei gehen Experten davon aus, dass es sich beim israelischen Krieg gegen Gaza um einen der am meisten zerstörerischen seit dem 2. Weltkrieg handelt.

Wir weisen die CDU-Fraktion darauf hin, dass sich die israelische Regierung wegen mutmaßlichem Völkermord vor dem Internationalen Gerichtshof verantworten muss.

Das hat auch Konsequenzen für alle Staaten, die die Völkermord-Konvention unterschrieben haben. Dazu gehört Deutschland mit seinen Politikern und Parteien, die alles in ihren Möglichkeiten Stehende unternehmen müssen, um einen Genozid zu verhindern. Außerdem hat der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Ministerpräsident Netanjahu und seinen Kriegsminister Gallant wegen Kriegsverbrechen beantragt.

Wo bleibt die Initiative der CDU gegenüber den Verpflichtungen, die aus den Urteilen der internationalen Gerichte entstehen? **Mit ihrem Verschweigen und der Diffamierung der Palästinenser und der Palästinasolidarität bestärkt die Stuttgarter CDU-Fraktion die Kräfte, die täglich neue Kriegsverbrechen im Gazastreifen, in der Westbank und im Libanon begehen.**

Die CDU-Fraktion zitiert die Satzung des Forums der Kulturen (§ 4 – Vereine mit parteipolitischen oder vorrangig religiösen Zielsetzungen und meint, sie gegen uns verwenden zu können. **Dabei wissen auch die Gemeinderäte der CDU-Fraktion aus langjähriger Erfahrung, dass es sich gerade beim Palästinakomitee um einen säkularen und überparteilichen Verein handelt.** Dies gilt für unsere Satzung genauso wie für unsere Mitglieder mit sehr unterschiedlichem politischen und kulturellen Hintergrund. Dieser Hintergrund wird seit vielen Jahren auch für die Stuttgarter Gemeinderäte beobachtbar beim Palästina-Nakba-Tag mit seinen vielfältigen kulturellen Beiträgen und genauso bei unseren Veranstaltungen mit unterschiedlicher Ausrichtung. **Das Palästinakomitee ist ein Verein, der in Stuttgart mit Palästinensern und anderen die palästinensische Kultur und Geschichte sichtbar macht. Dazu gehört natürlich auch die Unterstützung der palästinensischen Migranten im Alltag.**

Dieser Versuch seitens der CDU, Druck auf das Forum der Kulturen unter Androhung von Kürzung der Zuschüsse auszuüben, ist ein unverantwortlicher Schritt, um die eigenen politischen Positionen durchzusetzen. Die CDU betreibt damit eine Kriegspolitik, gegen die wir uns stellen.

Die CDU redet von Steuergeldern. Leider müssen wir feststellen, dass die Steuergelder in Kriege und Genozid investiert werden statt in Bildung, Soziales und Kultur. **Die Bewohner von Gaza zeigen Bomben und Raketen mit der Aufschrift „Made in Germany“. Ist das die Antisemitismusbekämpfung der CDU?**

Die CDU-Fraktion wirft uns Antisemitismus, Verherrlichung von Terrororganisationen sowie Täter-Opfer-Umkehr in Zusammenhang mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 vor.

Dabei weiß auch die CDU, dass wir eng mit Jüdinnen und Juden und vor allem auch mit jüdischen Israelis zusammenarbeiten. Wir verstehen uns als eine Bewegung mit diesen Persönlichkeiten und Organisationen, als eine Bewegung gegen die ultrarechten rassistischen Kräfte, die die Politik des Staates Israel bestimmen. Jedes Jahr sind unsere jüdischen Freunde beim Palästina-Nakba-Tag auf dem Schloss- und Rotebühlplatz dabei und spielen eine zentrale Rolle bei dieser Veranstaltung. Regelmäßig informieren auch jüdische und jüdisch-israelische Referenten auf unseren Veranstaltungen in Stuttgart. Ganz besonders paradox werden die Vorwürfe des Antisemitismus im Zusammenhang mit unserer Kundgebung und Demonstration am ersten Jahrestag des 7. Oktobers, nämlich am Montag, 7. Oktober 2024.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion waren darüber informiert, dass auf dieser Kundgebung mit Prof. em. Fanny-Michaela Reisin ein Gründungsmitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost einen Redebeitrag hält. Bei ein wenig Recherche hätte die CDU darüber hinaus entdecken können, dass wir mit Prof. Reisin sogar eine Betroffene des Angriffs vom 7. Oktober 2023 gebeten hatten, auf unserer Kundgebung/Demonstration zu sprechen. Fanny-Michaela Reisin hat Verwandte im Kibbuz Beerli in unmittelbarer Nähe des Gazastreifens. Das Ehepaar wurde am 7. Oktober 2023 als Gefangene in den Gazastreifen gebracht. Die Frau kam beim Gefangenenaustausch im November 2023 frei, ihr Mann befindet sich immer noch dort. Die Familie demonstriert regelmäßig für einen dauernden Waffenstillstand und gegen die Netanjahu-Regierung. Prof. Fanny-Michaela Reisin sagte am 7. Oktober auf unserer Kundgebung auf dem Schlossplatz u.a.: (siehe dazu ihre Rede aus unserer Website und die Aufnahme auf der Facebook-Seite):

„Ich stehe hier vor Ihnen und weine nach beiden Seiten. Ich betraure in Gaza-Stadt drei langjährige teure Freunde und deren Kinder, die schon in den ersten Wochen für immer gegangen sind.“

In Beeri auf israelischer Seite haben meine Verwandten, ihre Existenz verloren. Ein Ehepaar, Eltern dreier Töchter, wurde des Morgens im Schlafanzug als Geiseln nach Gaza verschleppt. Die Mutter ist seit Monaten frei und bangt mit ihren Töchtern um das Schicksal ihres geliebten Mannes und Vaters....

Sie wissen aber, wie viele andere in allen Ortschaften entlang des Gaza-Gürtels, um die Verantwortung der Netanyahu-Regierung für die gesamte Situation.

Alle Angehörigen der Geiseln und die Hälfte der Ortschaften entlang des Gaza-Gürtels weigern sich, an den offiziellen Gedenkveranstaltung am heutigen Tag (7. Oktober) teilzunehmen. Auf ihren selbst organisierten Trauer- und Gedenkveranstaltungen und ebenso in ihren versehrten Ortschaften wollen sie keinen Regierungsvertreter sehen...“

Neben der Bitterkeit über das Desinteresse des Premiers am Schicksal ihrer liebsten Angehörigen beklagen sie ..., dass die Regierung und vor allem die faschisto-messianischen Minister und Knesset-Abgeordneten, bis heute, die Einberufung, der übrigens auch von der Hamas eingeforderten Kommission zur Untersuchung der Geschehnisse verweigern.

Warum wohl?“

Und ganz anders als im CDU-Antrag, in dem vom Leiden der palästinensischen und inzwischen auch libanesischen Zivilbevölkerung kein Wort zu lesen ist, hat der Satz „Nie wieder ist jetzt“ bei Fanny-Michaela Reisin die menschliche universale Bedeutung, die die Konsequenz aus der deutschen Geschichte sein muss. „**Nie wieder ist jetzt“ bedeutet, dass sich nirgendwo auf der Welt ein Genozid wiederholen darf.** Prof. Fanny-Michaela Reisin sagt:

„Ich stehe heute hier vor Ihnen, weil mich seit dem 7. Oktober insbesondere die Sorge um die Bevölkerung von Gaza umtreibt. Seit dem Start der israelischen Bodenoffensive im Norden des Gazastreifens als zweite Phase ihrer Militäroperation „Eiserne Schwerter“ Ende Oktober 2023 sind wir alle in der Jüdischen Stimme (JS) mehr als nur besorgt, –erfüllt von Trauer, Gram und Zorn. Ungeheuren Zorn!

Selbstverständlich in Richtung Israel aber durchaus auch in Richtung der mächtigen Nationen, die den Wahnsinn gegen eine ganze -freilich weiterhin eingesperrte Zivilbevölkerung, mit Waffenlieferungen, mit Geld, mit Zuspruch befeuern, anstatt ihn zu stoppen. Allen voran die USA und Deutschland!....“

„Waffenstillstand sofort!

Freilassung aller Verschleppten und Gefangenen! Beiderseits! Sofort!“

Dabei müssen wir inzwischen besonders um die weit mehr als 15.000 palästinensischen Gefangenen besorgt sein (die israelische Armee verhaftet vor allem im nördlichen Gazastreifen, aber auch in der Westbank, aktuell fast jeden Tag Hunderte und bringt sie teilweise an unbekannte Orte). Wir erinnern die CDU-Fraktion an den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem „Welcome to Hell“ vom August 2024, der auch in Deutschland durch die Medien ging. Die Recherchen von B'Tselem ergaben, dass in israelischen Gefängnissen seit dem 7. Oktober 2023 vermutlich systematisch Häftlinge misshandelt und gefoltert werden. <https://www.spiegel.de/ausland/israel-dutzende-opfer-schildern-systematische-folter-in-israelischen-gef-aengnissen-a-cb4213fa-84db-4b92-a137-2f68b5f35eae>

Was uns besonders empört im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2024 und den Veranstaltungen in Stuttgart, ist die Tatsache, dass **der Redakteur Jan Sellner von der Stuttgarter Zeitung** in seinem Artikel vom 8. 10. 2024 nicht nur die Tatsache unterschlägt, dass auf der Kundgebung des Palästina-Komitees eine Rednerin mit Verwandtschaft in einem betroffenen Kibbuz sprach. Jan Sellner hat sogar verschwiegen, dass es sich bei Prof. Fanny-Michaela Reisin um eine deutsch-israelische Jüdin handelt. Über beides war die Redaktion der Stuttgarter Zeitung von uns vor der Demonstration informiert worden.

Wie der Antrag der CDU vermuten lässt, würde es sich bei Prof. Reisins Darstellung für die CDU-Fraktion um eine **Täter-Opfer-Umkehr** handeln. Es ist zu befürchten, dass diese Demonstration nach CDU-Auffassung deshalb auch hätte verboten werden müssen.

Das wäre dann nicht nur ein massiver Eingriff in demokratische Rechte. Die CDU hätte auch in skandalöser Weise Jüdinnen und Juden diskriminiert, die in Opposition zur Netanjahu-Regierung stehen. Das ist Antisemitismus.

Im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2023 und dessen Darstellung im CDU-Antrag müssen wir außerdem noch einige Fakten ergänzen, um das schiefe Bild zurecht zu rücken:

Die CDU ignoriert die klar ausgedrückten völkermörderischen Absichten israelischer Militärs, Politiker und anderer Vertreter des Staates Israel, die bereits seit Monaten bekannt sind.

Ab Seite 100 der **Klage Südafrikas gegen den Staat Israel** gibt es zahlreiche Zitate, hier nur hervorste- chende Beispiele:

Die Beweise für die spezifische Absicht („dolus specialis“) der israelischen Staatsvertreter, Völkermord zu begehen und fortzusetzen oder ihn nicht zu verhindern, sind seit Oktober 2023 erheblich und offenkundig. Diese Absichtserklärungen – in Verbindung mit dem Ausmaß des Tötens, Verstümmelns, der Vertreibung und der Zerstörung vor Ort sowie der Belagerung – belegen einen sich entfaltenden und fortgesetzten Völk- ermord. Dazu gehören Erklärungen der folgenden Personen, die die höchste Verantwortung tragen:

Präsident von Israel: Am 12. Oktober 2023 machte Präsident Isaac Herzog deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und erklärte in einer Pressekonferenz vor ausländischen Medien – in Bezug auf die Palästinenser im Gazastreifen, von denen über eine Million Kinder sind: „Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Diese Rede davon, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind, ist nicht wahr. Sie ist absolut nicht wahr. ... und **wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen.**“..

Israelischer Verteidigungsminister: Am 9. Oktober 2023 teilte Verteidigungsminister Yoav Gallant in einem „Lagebericht“ der israelischen Armee mit, dass Israel „den Gazastreifen vollständig belagert. **Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend**“. Außerdem teilte er den Truppen an der Grenze zum Gazastreifen mit, dass er „alle Zurückhaltung gelöst“ habe : „**Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen.** Wenn es nicht einen Tag dauert, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, wir werden alle Orte erreichen.“

Die Klage Südafrikas in deutscher Übersetzung: Hrsg. Abraham Melzer, 2024, ISBN: 9783758375576

Die Ignoranz der deutschen Regierung und deutscher Parteien gegenüber dem Genozid im Gazastreifen, der vor dem Internationalen Gerichtshof zur Anklage kam, rief eine starke internationale Reaktion hervor. **Kein Wunder, die Opfer früherer deutscher Genozide, 1904 bis 1908 an den Herero und Nama in Namibia, meldeten sich mit besonderer Empörung zu Wort.**

Wir bitten die CDU-Fraktion zu beachten: „Nie wieder ist jetzt“ gilt für alle Menschen, auch für die Opfer kolonialer Genozide, einschließlich des Gazastreifens.

Als ob die Lage nicht bereits dramatisch genug war, recycelt die CDU unbewiesene Behauptungen wie syste- matische Vergewaltigung der Angegriffenen am 7. Oktober 2023.

Anders als die CDU-Fraktion in ihrem Antrag behauptet, ist kein Nachweis von systemati- scher Vergewaltigung am 7. Oktober 2024 möglich, das ergibt unter anderem der Pramila Patten-Bericht der UN. Eine israelische Zusammenstellung (Haaretz vom 18. April 2024) der bisherigen Untersuchungsergebnisse zum Thema „Vergewaltigung am 7. Oktober“ ergibt eine Beweislage, die Gerichts- prozesse schwierig macht. Darüber hinaus berichtet Haaretz von einer Behinderung der Untersuchung durch israelische Regierungsvertreter.

Die Anzahl der Opfer wird von der CDU-Fraktion mit 1.200 angegeben. Sie sollte allerdings inzwischen wissen, dass die israelische Armee ihrer „**Hannibal-Doktrin**“ zufolge, viele selbst getötet hat, indem sie wahllos auf alles schoss und dass sich auch mehrere hundert Soldaten, die keine Zivilisten sind, unter den Opfern befinden. Der „Hannibal-Doktrin“ zufolge sollen Soldaten getötet werden, um zu verhindern, dass sie entführt werden. Am 7. Oktober 2023 wurde die „Hannibal-Doktrin“ auch auf Zivilisten angewandt. <https://www.theguardian.com/world/article/2024/jul/07/israel-idf-hannibal-protocol-amas-attack-haaretz>

Wie unsere jüdischen Freunde und wir vom Palästina-Komitee hat übrigens auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres den 7. Oktober in den Zusammenhang mit der Unterdrückung der Palästinenser durch den Staat Israel gestellt. Er sagte: „*It is important to also recognize the attacks by Hamas did not happen in a vacuum, ... “The Palestinian people have been subjected to 56 years of suffocating occupation. They have seen their land steadily devoured by settlements and plagued by violence; their economy stifled; their people displaced and their homes demolished.*“ <https://edition.cnn.com/2023/10/25/middleeast/un-israel-spat-guterres-gaza-intl/index.html>

Zudem verschweigt die CDU-Fraktion in ihrem traurig einseitig verfassten Antrag, dass sich auf unserer Website und Facebook-Seite seit dem 10. Oktober 2023 deutlich sichtbar eindeutige Distanzierungen von Angriffen auf Zivilisten finden.

Im Gegensatz zur CDU, die die israelische Besatzung und die Kriegsverbrechen an der palästinensischen Zivilbevölkerung mit keinem Wort erwähnt, verurteilt das Palästina-Komitee Menschenrechtsverletzungen ohne Unterschied, von wem sie begangen werden.

Mit „Übersetzungstechnologien“ behauptet die CDU „radikalere“ arabischsprachige Formulierungen entdeckt zu haben. Allerdings muss die CDU kräftig dazu interpretieren, wie schon beim Lesen des Antrags deutlich wird. Auch für das Palästina-Komitee gilt, wenn wir mit der „feigen Ermordung großer Führer unserer Völker“ Nasrallah oder Hamas-Führer glorifizieren wollen, schreiben wir deren Namen. Die finden sich aber nicht in unserem Text.

Die CDU sollte wissen oder sich eventuell besser darüber informieren, dass in zwölf Monaten genozidalem Krieg im Gazastreifen eine erschreckend hohe Zahl von **Führungspersönlichkeiten** aus allen gesellschaftlichen Bereichen im Gazastreifen getötet wurden. Die Zerstörung aller akademischen Einrichtungen im Gazastreifen sowie fast aller Schulen ist allein schon ein Signal dafür, dass es die israelische Armee auf die Infrastruktur und die gut ausgebildete wissenschaftliche und gesellschaftliche Führung abgesehen hat.

Bis Februar 2024 wurden nach Angaben von Euro Med Monitor beispielsweise 94 Universitätsprofessoren und Hunderte von Lehrern von der israelischen Armee getötet.

Stellvertretend für viele nennen wir hier den Physiker und Mathematiker **Sufyan Tayeh**, der im Jahr 2021 unter den 2 Prozent führenden Wissenschaftlern weltweit genannt wurde. Er wurde bei einem israelischen Bombardement mit Familienmitgliedern und zahlreichen weiteren Zivilisten im nördlichen Gazastreifen getötet. <https://www.reuters.com/world/middle-east/israeli-air-strike-gaza-kills-prominent-scientist-sufyan-tayeh-palestinian-2023-12-02/>

Besonders beliebt und international bekannt war der Literaturwissenschaftler und Autor **Refaat Alareer**, der mit seinen Sammlungen von Texten den jungen Palästinenser aus dem Gazastreifen eine Stimme gab und das Leben unter der erdrückenden israelischen Blockade weltweit bekannt machte. Er wurde ebenfalls bei einem israelischen Bombardement mit mehreren Familienmitgliedern getötet. <https://edition.cnn.com/2023/12/11/middleeast/refaat-alareer-gaza-professor-killed-in-airstrike-intl/index.html>

Äußerst gefährlich leben all diejenigen, die über den israelischen Krieg in Gaza informieren.

Nach dem jüngsten Bericht des Palestinian Centers for Human Rights vom 17. Oktober 2024 mit dem Titel: **„Eliminating Witnesses on Genocide and Ethnic Cleansing Crimes“** sind 170 Journalisten, darunter 13 Frauen getötet, 166 wurden bei Bombardierungen und 4 nachweislich von Scharfschützen. Wegen der Ermordung von Journalisten durch israelische Scharfschützen erstatteten internationale Journalistenorganisationen Anzeige beim Internationalen Strafgerichtshof.

<https://pchgaza.org/wp-content/uploads/2024/10/Report-on-the-Targeting-of-Journalists.pdf>

Will die CDU-Fraktion wirklich das Vorgehen der israelischen Armee rechtfertigen, das in so offensichtlicher Weise internationales Recht bricht?. Das wäre ein Rückfall in eine finstere Vergangenheit.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass wir die Tötung des Hamas-Führers Haniyeh im Gästehaus in Teheran sowie die Tötung von Nasrallah mit 80 Tonnen-Bomben in einem dicht bevölkerten Beiruter Stadtteil scharf verurteilen. Ein solches Vorgehen, so genanntes „gezieltes Töten“ außerhalb von Kampfhandlungen, gefährdet eine hohe Zahl von Zivilisten, ist menschenverachtend und völkerrechtswidrig. In diesen beiden Fällen ist die israelische Armee ohne jegliche Rücksicht auf Zivilisten und Konsequenzen für eine Ausweitung des Krieges auf die Region vorgegangen.

Mit Ismael Haniyeh hat die israelische Regierung übrigens nicht nur einen ehemaligen gewählten palästinensischen Ministerpräsidenten getötet. Bei Haniyeh handelte es sich darüber hinaus über einen Verhandlungsführer, der als gemäßigt bekannt war. Dies geschah kurz vor einem positiven Abschluss von Waffenstillstandsverhandlungen, der international von vielen Seiten gefordert wurde.

Auf die Tötung von Haniyeh mit ihren zu befürchtenden Konsequenzen für die Ausweitung des Krieges folgten entsprechende internationale Reaktionen. **Japan** hat beispielsweise daraufhin die Einladung an die israelische Regierung für die Erinnerungsfeierlichkeiten für die Opfer des Atombombenabwurfs auf Nagasaki im Jahr 1945 zurückgenommen. <https://edition.cnn.com/world/live-news/hamas-political-leader-haniyeh-killed-iran-07-31-24/index.html>

Der von uns übersetzte aufschlussreiche Artikel in unserem Newsletter zum Tod von Nasrallah trägt nun einmal den Titel „Hasan Nasrallah ist auf dem Weg zur Befreiung Palästinas gestorben“. Wir haben den Artikel übersetzt, da er eine gute Analyse liefert. Der Autor setzt sich beim Thema mit der Tatsache auseinander, dass Nasrallah einen auch von der UN, der EU und dem IGH geforderten dauernden Waffenstillstand im Gazastreifen zur Voraussetzung für ein Ende des Raketenbeschusses durch die Hisbollah machte. Außerdem beleuchtet der Autor die Übergriffe der USA und des Staates Israel auf die Staatsgebiete verschiedener Länder der Nahostregion. Die Gründung der Hisbollah selbst ist eine Folge der langjährigen Besetzung von Teilen des Libanons durch den Staat Israel. **Wir wundern uns, warum die CDU aus der Übersetzung dieses Titels eine Glorifizierung von Terror ableiten will, die in dem Artikel nicht zu finden ist.**

Wie die CDU-Fraktion wissen könnte, haben unter anderem die drei großen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem (israelisch), Human Rights Watch und Amnesty International nachgewiesen, **dass der Staat Israel die Palästinenser im gesamten historischen Mandatspalästina einem diskriminierenden Apartheidsystem unterworfen hat.** Im Juli 2024 hat der Internationale Strafgerichtshof in seinem Urteil zu den 1967 von Israel besetzten Gebieten ebenfalls systematische rassistische Diskriminierung festgestellt. Solche Systeme rauben den Palästinensern im gesamten historischen Mandatspalästina Entwicklungsmöglichkeit sowie **„Freiheit und Würde“.**

Ein besonders deutliches Zeichen für die rassistische Diskriminierung ist die Tatsache, dass im gesamten historischen Mandatspalästina fast täglich palästinensische Häuser und Dörfer vom israelischen Militär oder den israelischen Zivilbehörden zerstört werden. Apartheid wird den Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichgestellt. Widerstand und Selbstverteidigung dagegen ist nach den Grundsätzen der Menschenrechte legitim. **Doch die CDU verurteilt es in ihrem Antrag, wenn die Palästinenser für ihre Rechte ein-**

stehen, da dies angeblich den Staat Israel gefährde. Das ist eine paradoxe Argumentation für eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.

Links zu den Studien der Menschenrechtsorganisationen:

B'Tselem: https://www.btselem.org/topic/apartheid?trk=public_post_comment-text

Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/news/2021/07/19/israeli-apartheid-threshold-crossed>

Amnesty International: <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Abschließend möchten wir noch darauf aufmerksam machen, dass die Stadt Stuttgart dem Verwaltungsgericht bereits zweimal keine Gründe nennen konnte, die einen Ausschluss des Palästinakomitees von der Website der Stadt Stuttgart rechtfertigen. Die Stadt Stuttgart hat einen Prozess um die Streichung unseres Adresseintrags von der Homepage wegen unserer Unterstützung der zivilgesellschaftlichen BDS-Bewegung im April 2022 (7 K 3169/21) vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht verloren. Das Gericht widersprach in seinem Urteil klar der Darstellung der Stadt Stuttgart und stellte fest:

„Es bestehen keine greifbaren Anhaltspunkte dafür, dass die im Bundesgebiet entfalteten Aktivitäten der auf den Staat Israel zielenden Boykottbewegung auch eine die Friedlichkeitsgrenze überschreitende gezielte Stimmungsmache gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland oder gar ein Aufstacheln zum Hass gegen diese Personengruppe umfassen könnte....“

Anfang des Jahres 2024 hat die Stadt Stuttgart unseren Adresseintrag auf Betreiben der neuen israelischen Generalkonsulin für Süddeutschland erneut von der Homepage der Stadt entfernt. Das Verwaltungsgericht gab der Stadt damals drei Wochen Zeit, um diesen Schritt zu begründen, der dem Gerichtsurteil widersprach. **Die Stadt nahm darauf noch innerhalb der Frist unsere Kontaktdaten wieder auf, offensichtlich fehlen der Rathauspitze die Argumente.**

Die Forderungen der CDU beruhen auf der einseitigen Unterstützung einer ultrarechten israelischen Regierung. Ihre Umsetzung würde nicht nur einen massiven Eingriff in die demokratischen Rechte bedeuten, sondern auch dem internationalen Ansehen der Stadt Stuttgart mit ihren vielen Kulturen und ihrer Weltoffenheit schaden.

„Nie wieder ist jetzt“ gilt für alle Menschen, auch für Gaza und den Libanon

- Nie wieder Rassismus, Faschismus oder Kriege“.

Wir fordern die CDU daher auf, ihren Antrag zurückzuziehen.

Palästinakomitee Stuttgart e. V.

Der Vorstand

Unsere Kontaktdaten sind: Email: pakos@online.de

Website: <https://palaestinakomitee-stuttgart.de>

Telefonischer Kontakt: 0049 1525 311 4044 (Verena Rajab, Vorstandsvorsitzende)